

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 16

Artikel: Sogar Ungarn ist blockiert
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094242>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai zur RGW-Reformbremse in Osteuropa

Sogar Ungarn ist blockiert

Innerhalb des Sowjetlagers ist Ungarn das Land, in welchem die Wirtschaftsreformen am weitesten fortgeschritten sind. Aber sie stossen an ihre Grenzen. Die inneren Strukturen des sozialistischen Systems sind dafür nur teilweise verantwortlich. Als zusätzlicher Bremsfaktor erweist sich die östliche Wirtschaftsorganisation, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon). Er ist revisionsbedürftig und blockiert die Reformwege. Da helfen auch westliche Kredite nicht weiter.

Seit den siebziger Jahren haben die RGW-Länder westliche Kredite in Höhe von mehr als 150 Milliarden Dollar «verschluckt», ohne dass bis heute eine wesentliche Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu bemerken wäre. Die Kredite wurden zum grössten Teil für den Einkauf westlicher Technologien gewährt. Obwohl High-Tech in beträchtlichen Mengen importiert wurde, blieben die erwartete Verbesserung der industriellen Produktion sowie Innovationen in zumindest einigen Wirtschaftsbereichen aus. Die Investitionen erwirtschaften nicht einmal die Rückzahlungsraten.

Unternehmen, die durchaus florieren. Die eigentlichen Ursachen für die Blockierung der Wirtschaftsreformen sind demnach anderswo zu suchen.

Hohe Verschuldung Ungarns

Nicht einmal Ungarn, welches, immer in wirtschaftlicher Hinsicht, die mutigste Reformpolitik im Lager betreibt, konnte sich bis jetzt aus diesem circulus vitiosus befreien. Das Land steht mit 18 Milliarden Dollar sogar an der Spitze der relativen Verschuldung der RGW-Länder. Dieses Jahr werden bereits 80 % der

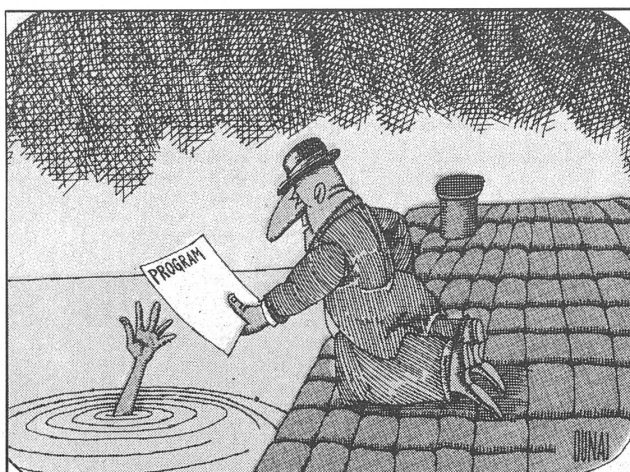
Export Erlöse für die Zins- und Ratentilgung aufgebracht werden müssen. Allein die Nettoszinszahlungen machen zurzeit etwa eine Milliarde Dollar aus.

Damit hat Ungarn mit seinen Auslandsschulden praktisch die äusserste Grenze der Belastbarkeit erreicht. Wenn man bedenkt, dass sich die Exportfähigkeit der ungarischen Industrie trotz des forcierten Technologie-Imports nicht mehr gesteigert hat, wird auch verständlich, dass diese gefährliche Entwicklung in den letzten Jahren bei der Staats- und Parteiführung zu leidenschaftlichen Diskussionen über die Richtigkeit der Wirtschaftspolitik Anlass gegeben hat. Dass der durch den Einsatz jüngerer und tat-

Unbehelfliche Kreditpolitik?

Die Bruttoverschuldung der RGW-Länder ist von 108,7 Mia Dollar Ende 1986 auf 118,8 Mia Dollar Ende 1987 gestiegen. Die neuen Kredite werden zum grössten Teil für die Ablösung der alten verwendet, was die Möglichkeiten zur Modernisierung der Industrie in Form von importierter High-Tech immer mehr einschränkt.

Es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, die grosszügige westliche Kreditpolitik auf diese Weise fortzuführen, wenn man schon im voraus weiss, dass die Sanierung der Volkswirtschaft im RGW-Bereich mit Geldspritzen allein nicht zu erreichen ist. Die Tatsache, dass in diesem Wirtschaftsraum jedes importierte Kapital spurlos verschwindet, kann mit dem dortigen staatsmonopolistischen Wirtschaftssystem allein nicht erklärt werden. In westlichen Industrieländern gibt es ja auch zahlreiche staatliche



(«Ludas Matyi»,
Budapest,
6. 7. 1988.)

kräftiger Reformpolitiker erzwungene Machtwechsel im Mai und speziell die Ablösung des 76jährigen Parteichefs Janos Kadar durch Karoly Grosz (58) die wirtschaftliche Lage aber wesentlich zu verbessern vermag, ist zu bezweifeln.

Liberalisierungsbestreben

Der Reformkurs, 1968 eingeleitet durch die alte Garde unter Kadar, hatte mit der Privatisierung der Landwirtschaft, der Zulassung einer privaten Kleinindustrie bis zu 100 Angestellten sowie mit der Erweiterung des privaten Kleingewerbes (Handwerk und Handel) unbestreitbar Erfolge aufzuweisen. Charakterisierend für Ungarn sind die Lösung des Versorgungsproblems und ein lukrativer Privatsektor inmitten eines sozialistischen Landes, was jedoch die Probleme der verstaatlichten Industrie noch deutlicher in Erscheinung treten lässt.

Wenn nun die neue ungarische Parteiführung heute die Trennung der Partei- und Regie-

rungsaufgaben und den Rückzug der Partei aus der Wirtschaft in Erwägung zieht, bedeutet dies die Bereitschaft, aus bisherigen Erfahrungen die Konsequenzen zu ziehen. Dasselbe gilt für die gegenwärtig ohne Rücksicht auf die Ideologie geführte Diskussion über die Eigentumsformen in der Wirtschaft. Es setzt sich allmählich die Einsicht durch, dass das staatliche Eigentum als Organisationsprinzip für die Industrie weitgehend versagt hat.

Ein neues Gesetz ist denn auch schon in Vorbereitung, welches die Einführung neuer wirtschaftlicher Eigentumsformen wie Aktiengesellschaft, GmbH usw. zum Inhalt hat. (Was schon bisher in Ungarn unter dem Namen «Aktie» herausgegeben wurde, entsprach inhaltlich mehr dem, was wir hier unter «Obligation» verstehen, ein festverzinsliches Anleihepapier.)

Die Stärkung der Macht des Parlaments in der Gesetzgebung gegenüber der Regierung stellt ihrerseits zwar einen sehr wichtigen Schritt in Richtung Demokratisierung dar, aber ein di-

rekter wirtschaftlicher Nutzen ergibt sich daraus noch nicht; selbst ein mündig gewordenes Parlament kann aus der vorgegebenen Wirtschaft nicht mehr als das herausholen, was sie zu leisten vermag. Und analogerweise kann eine Aktiengesellschaft erst dann gewinnbringend arbeiten, wenn der Manager (oder der Vorstand) bei allen relevanten Wirtschaftsentscheiden völlig freie Hand hat. Der Rückzug der Partei aus den bloss wirtschaftlichen Unternehmen ist zwar eine Voraussetzung dazu, garantiert aber allein genommen noch nichts. Mit der blossen Abschaffung einer bisher bestehenden bestimmten Vormundschaft werden Mündigkeit und Handlungsfähigkeit des Schützlings noch nicht gewährleistet.

Hemmschuh RGW

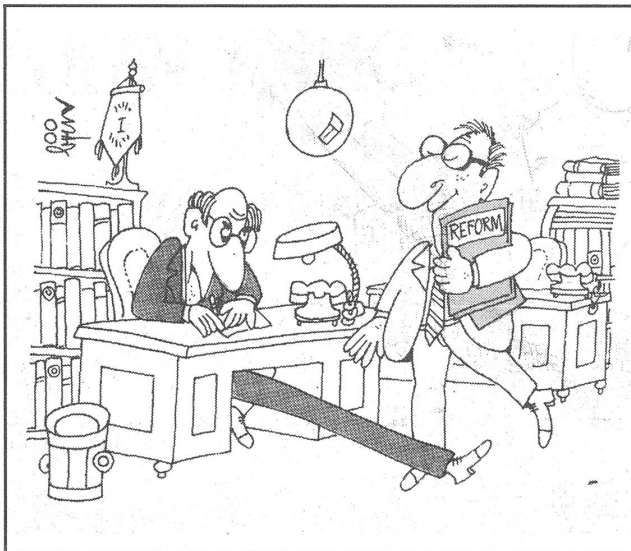
Die kühnen Pläne der neuen ungarischen Führung schaffen nur die Rahmenbedingungen für eine ermutigende Wirtschaftsentwicklung. Auch wenn sie öffentlich darüber nicht spricht, weiss die neue Führung in Budapest genau, wo der Schuh wirklich drückt. Das Hauptproblem der ungarischen Reformen liegt in der Integration der nationalen Produktion in die östliche Wirtschaftsgemeinschaft, dem RGW.

Die Exportkapazität der nationalen Volkswirtschaft ist zu 50 bis 70 Prozent mit blockinternen Aufträgen ausgelastet. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern finden in Form eines einfachen Tauschhandels bei willkürlichen Preisen und niedriger Warenqualität statt. Die willkürliche Festsetzung der jeweiligen Wechselkurse erschwert einen internationalen Vergleich und verunmöglicht somit nahezu eine zuverlässige Kostenrechnung sowie die Entwicklung eines freien und für alle gewinnbringenden Handels innerhalb des Sowjetlagers, das in wirtschaftlicher Hinsicht immer noch ein «Ostblock» ist. Selbst wenn die Planwirtschaft in Ungarn selber nicht mehr bestehen würde – und soweit ist es noch nicht –, käme sie somit von aussen.

Das funktionstüchtigste Unternehmen ist blockiert, wenn es über einen beträchtlichen Teil seiner Exportkapazität nicht frei verfügen darf. Es kann nur dann prosperieren, wenn es sich auf allgemeine Marktmechanismen abstützen und frei bestimmen kann, wem und unter welchen Bedingungen es seine Produkte verkauft. Solange das vorgegebene System der blockinternen Wirtschaftsbeziehungen besteht, ist jedes echte Reformbestreben grundlegend behindert.

Ungarns revolutionäre Wünsche

Bereits im Oktober vergangenen Jahres hat der inzwischen auch zum Parteichef avancierte damalige Ministerpräsident Karoly Grosz auf der ausserordentlichen RGW-Tagung in Moskau den revolutionären Vorschlag gemacht, die Gemeinschaft solle die Organisation der Produktionskooperation gänzlich den Unternehmen und Unternehmensgruppen überlassen. Damit



(«Ludas Matyi», 8. 6. 1988.)



Überflüssig
«Könntest Du mir in Erfahrung bringen, ob man im Westen vielleicht einen marxistischen Ideologen braucht?»
(«Ludas Matyi», 20. 7. 1988.)

plädierte er praktisch für die Abschaffung des blockinternen Planungssystems und für freie Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Unternehmen.

Zugleich forderte Grosz auch eine grundlegende Umgestaltung des Zahlungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft. Eine teilweise Umwandlung des Transfer-Rubels (Verrechnungseinheit im RGW-Handel) in konvertierbare Währungen würde schon kurzfristig einen entscheidenden Fortschritt bedeuten, meinte Grosz.

Mit dieser Forderung will Ungarn erreichen, sich am Weltmarkt zu beteiligen und den internationalen Handel zu Weltmarktpreisen abwickeln zu können, um frei Geschäfte annehmen oder auch ablehnen zu können. Freilich stiess der «ungeheuerliche» Vorstoss von Grosz auf vehementen Widerstand. Es gibt dafür zwei Hauptgründe.

Erstens sind es vorwiegend Mitgliedländer mit einer schwachen Wirtschaft, die vom jetzigen Tauschhandel profitieren und nicht in der Lage sind, zu Weltmarktpreisen zu handeln, da diese für den Import viel zu hoch sind, während die landeseigene Produktion qualitativ für einen kompensatorischen Export nicht genügt.

Zweitens würde die Umstellung des RGW-Handels auf einen freien Handel im gesamten Sowjetlager ein schweres beschäftigungspolitisches Problem schaffen. Da diese Länder meist Waren produzieren, die auf dem Weltmarkt kaum absetzbar sind, ist eine vom sozialistischen Staat garantierte Vollbeschäftigung selbst auf einem sehr niedrigen Lohnniveau nur dann möglich, wenn ein grosses blockinternes Marktpotential vorhanden ist, welches durch die staatlich vorgeplanten Tauschgeschäfte geschaffen wird. Und weil der ganze Markt verplant ist, ist ein Wirtschaftswachstum bis auf Weltniveau nahezu unmöglich.

Aus diesem Teufelskreis wird der RGW gerade Ungarn noch lange nicht entlassen. Bei seinem Besuch in Budapest im April dieses Jahres gab

der sowjetische Ministerpräsident Nikolaj Ryschkow unumwunden zu, dass das Handelssystem der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft überholt sei. Anerkennend bemerkte er jedoch, dass die Ungarn im Laufe ihrer Reformpolitik nahezu an die Weltmarktpreise herangerückt seien, während die Sowjetunion noch weit davon entfernt sei; eine Reform der Preispolitik sei deshalb im Rahmen der Perestrojka erforderlich.

Ihre Erhöhung der Konsumgüterpreise konnten die Ungarn übrigens auch nur dadurch verkraften, dass neben dem wachsenden und rentierenden Privatsektor eine teilweise legalisierte «Zweite Wirtschaft» existiert, in der rund drei Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung tätig sind, welche so ihr Einkommen erheblich aufbessern.

Hoffen auf Moskau

Die Aussichten auf eine zweckmässige Reformierung des RGW sind alles andere als rosig. Da wegen der unterschiedlichen Reformpolitik der einzelnen Länder der Reformstand jeweils auch sehr verschieden ist, sind fortschrittliche und einheitliche Entscheidungen erschwert. Ungarn, welches den «Schrittmacher» der ganzen Reformbewegung darstellt, brauchte selber 20 Jahre, um an die Grenze des heute Möglichen zu stossen.

Vieles hängt nun davon ab, was in der Sowjetunion passiert. Der Widerstand gegen die noch zaghaften Wirtschaftsreformpläne wird auch dann noch bestehen bleiben, wenn sich Gorbatschows Perestrojka endgültig durchsetzt. Offensichtlich hat man im Kreml eine zu grosse Angst, dass mutige Reformschritte ein wirtschaftliches Chaos und damit politische Erschütterungen verursachen könnten. Dessen bewusst warnte der neue ungarische Parteichef denn auch die Bevölkerung vor «überhöhten Erwartungen». Aber ohne eine weitgehende wirtschaftliche Ungebundenheit können die Budapester Reformer den gewünschten Durchbruch kaum schaffen. ■



«Wir müssen uns endlich entscheiden, Genossen! Wollen wir die Wirtschaft der Ideologie anpassen oder die Ideologie der Wirtschaft...?» («Ludas Matyi», 8. 6. 1988.)



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3+5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.



Reform des
Aussenhandels.

«Kein Problem, Genossen! Wir brauchen nur die Kuwaiter zu überzeugen, unser Schweinefleisch zu essen; die Russen unsern Branntwein zu trinken und die Schweizer, unsere Aktien zu kaufen...!» («Ludas Matyi», 22. 6. 1988.)